

Ordentlicher Parteitag der SPD Leipzig | 17. November 2018

Protokoll, Beschlüsse und Wahlergebnisse

Schriftführer: Johannes Neumann

Protokoll

Präsidium	Personalvorschlag einstimmig angenommen
Tagesordnung	einstimmig angenommen
Geschäftsordnung	einstimmig angenommen
MPZK	Christian Schulze, Najda Stahmer, Florim Alt, Mathilda Schlosser, Niguel Avilés, Patrice Toporski, Philipp Kittel, Jakob Domheide, Mandy Göhler
Grußwort	Genka Lappen
Berichte	Heiko Oßwald (Schatzmeister) Peter Geiling (Kontrollkommission): wird schriftlich verlesen Katharina Kleinschmidt (Gleichstellungsbericht) Dr. Maximilian Rinck (Stadtvorstand): Ankündigung des Rückzugs von L01

Aussprache

Entlastung des Vorstandes bei zwei Enthaltungen

Grußworte	Burkhard Jung Henning Homann Erik Vogel
------------------	---

Antragsberatung

GO-Antrag auf Vorziehen des Themenblocks 2: positiv votiert

Initiativantrag I01: Parteitag beschließt Behandlung, Ini 01: in geänderter Fassung beschlossen

GO: A18 und A39 werden nach A02 aufgerufen: positiv votiert

Beratung zu A03: in geänderter Form beschlossen

A02: erledigt durch Annahme von A03

Beratung zu A18: beschlossen

Beratung zu A39: ÄA01 wird vom Antragssteller*in übernommen: beschlossen

Beratung zu A37: mit ÄA, durch Auszählen abgelehnt

GO-Antrag: definitive Beratung von A04 und A12: positiv votiert

Beratung zu A04: mit ÄA beschlossen

Beratung zu A12/A23: beschlossen

Beschluss der Konsensliste zur Landespolitik

Beratung zu A33: mit ÄA beschlossen

Beratung zu A34: Überweisung an die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Beratung zu A21: beschlossen

Beratung zu A30 und A35: A35 wird als ÄA in A30 integriert; Übernahme durch Antragssteller*in A30:
mit ÄA beschlossen

Folgende Anträge werden an den Stadtvorstand der SPD Leipzig überwiesen:

aus dem Block Parteileben: A05, A06, A07, A36, A11, A14, A20, A22

aus dem Block Kommunales: A24, A25, A28, A13, A27,

aus dem Block Landespolitik: A16

Beschlüsse

Den Leipziger Stadtkonzern finanziell entlasten und damit für die Herausforderungen der Zukunft fit machen!

Die SPD-Fraktion im Leipziger Stadtrat setzt sich dafür ein, dass das durch die Stadt Leipzig an die LVV gegebene Gesellschafterdarlehen in Höhe von rd. 237,8 Mio. € in Eigenkapital umgewandelt wird.

Der L-Gruppe daher zusätzlicher Handlungsspielraum eröffnet werden, um den anstehenden Herausforderungen gestärkt begegnen zu können. Hierzu zählen u. a.:

- der weitere Ausbau der regenerativen Energien mit dem Ziel, bis 2025 im Mittel ausreichend Strom aus regenerativen Quellen und der umweltfreundlichen erdgasbasierten Kraft-Wärme-Kopplung zu erzeugen
- die Leipziger Wärmewende mit dem Ziel, den Ausstieg aus der Fernwärmeversorgung auf Braunkohlebasis möglichst schnell, sofern technisch und wirtschaftlich vertretbar bereits mit Auslaufen des aktuellen Fernwärmeliefervertrages mit dem Kraftwerk Lippendorf im Jahr 2023, zu realisieren,
- die Umsetzung des durch die Ratsversammlung beschlossenen Nachhaltigkeitsszenarios im Rahmen der Leipziger Verkehrsstrategie 2030,
- Realisierung notwendiger Investitionen in das Wasser- und Abwassernetz für die weiterhin sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Bereitstellung von Wasser bzw. Entsorgung von Abwasser,
- Verbesserung der Finanzierungsfähigkeit auf dem Kapitalmarkt mit Krediten, um die notwendigen Investitionen abzusichern
- Aufrechterhaltung des Status als attraktiver regionaler Arbeitgeber, welcher auch vor dem Hintergrund des demographisch determinierten Fachkräftemangels am Arbeitsmarkt bestehen kann und in der Lage ist, konkurrenzfähige und tarifgebundene Löhne und Gehälter zu bieten

Spitzenplätze paritätisch verteilen

Die SPD Leipzig bekennt sich zu dem Ziel, die Spitzenplätze der Leipziger Wahlkreise bei zukünftigen Kommunalwahlen paritätisch zwischen Frauen und Männern zu besetzen.

Der Vorstand der SPD Leipzig wird beauftragt, dem nächsten ordentlichen Stadtparteitag der SPD Leipzig nach Anhörung der Ortsvereinsvorstände ein Verfahren zur zukünftigen, paritätischen Besetzung der Spitzenplätze der Leipziger Wahlkreise bei Kommunalwahlen vorzuschlagen.

SPD-Stadtverband Leipzig
Ordentlicher Stadtparteitag
17. November 2018 in Leipzig

Durchführung einer Mitgliederversammlung zur Bestimmung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Stadtratswahl Leipzig 2019

Der Vorstand der SPD Leipzig wird beauftragt die Wahlgebietskonferenz (WGKo) Leipzig zur Wahl der KandidatInnen für den Stadtrat Leipzig neu als Mitgliederversammlung im Sinne von § 6c Abs. 1 Satz 1 KomWG einzuberufen.

Mobilität in Leipzig-Südwest

Wir setzen uns dafür ein, dass

- die Bus-Linie 74 weiter ausgebaut wird, insbesondere die Steigerung ihrer Kapazität;
- die Linie 3 attraktiver gestaltet wird, insbesondere für eine bessere Anbindung des Kepler-Gymnasiums;
- Hartmannsdorf ebenso wie Randbezirke im Allgemeinen durch Rufbusse und -taxen besser in den ÖPNV eingebunden werden;
- eine Quartiersgarage in der Nähe Holbein-/Oeserstr. eingerichtet wird.

Verlängerung der Buslinie 67

Die SPD Leipzig setzt sich dafür ein, die Umsteigebeziehungen am Bahnhof Leutzsch zu verbessern. Gleichzeitig wollen wir, dass das ÖPNV-Angebot in Leutzsch nachhaltig verbessert wird. Dieses aufstrebende Stadtviertel kann nicht allein durch die Straßenbahnlinie 7 angebunden werden. Deshalb werden wir uns als SPD dafür stark machen, die Buslinie 67 vom Straßenbahnhof Leutzsch durch die Philipp-Reis-Straße zum Bahnhof Leutzsch zu verlängern.

Verlängerung der Buslinie 74

Die SPD Leipzig setzt sich dafür ein, dass es eine bessere ÖPNV-Anbindung der Quartiere entlang der William-Zipperer-Straße, der 172. Schule sowie des Brunnenviertels geben wird. Hierfür wollen wir die die Buslinie 74 im Nordwestabschnitt ab Lindenauer Markt über Rietschelstraße, William-Zipperer-Straße zum Rathaus Leutzsch verlängern. Die Verlängerung schafft ein attraktiveres Mobilitätsangebot und trägt somit zur besseren Erreichbarkeit des Stadtviertels Leutzsch bei. Damit verbessern wir das Mobilitätsangebot in Leutzsch und entlasten die Straßenbahnlinie 7.

Lene Voigt Park 2.0

Die 1997 im Stadtrat Leipzig beschlossene Umwandlung des Eilenburger Bahnhofs in den heutigen Lene Voigt Park war ein voller Erfolg. Heute ist der Lene Voigt Park einer der beliebtesten Parks in Leipzig. Regelmäßig ist kaum eine freie Fläche im Park zu finden.

Die sehr gute Annahme des Parks durch die Reudnitzer*innen führt zu einer intensiven Nutzung, die alljährlich über den Sommer zu einer Degradierung der Rasenflächen, zu einer Abnutzung der baulichen Anlagen wie z.B. Bänke, Sportflächen usw. führt. Die Stadt Leipzig hat dies erkannt und begonnen mit einer intensiveren Pflege gegenzusteuern, dennoch ist zu konstatieren: dies genügt nicht.

Es gilt nicht nur Müllabfuhr und generelle Pflege der Anlagen auszubauen, sondern weitere Angebote zu schaffen. So ist der nördliche Teil des Parks bisher nur ungenügend mit Anlagen versehen, diese gilt es in Absprache mit aktiven Initiativen und Vereinen zu entwickeln. Darüber hinaus muss dafür gesorgt werden, dass auf der Südseite des Parks die Kinderspielflächen (z.B. „Sandkiste“) mit Schattenwurf vor zu starker Sonneneinwirkung dauerhaft geschützt werden. Bestehende Spielmöglichkeiten sind zu erweitern.

Zugleich haben die Verkehrskonflikte zwischen Fuß- und Radverkehr zugenommen. Die SPD Leipzig spricht sich dafür aus diese Konflikte durch eine optimierte Radwegführung zu reduzieren. Es gilt die Ost-West-Verbindung sowie die Nord-Süd-Verbindungen in den Kreuzungsbereichen sicherer zu gestalten.

Stärkung der Kommunalwirtschaft – Nachhaltigkeit und Qualität sichern

Wir tragen aktiv dazu bei, den Leipziger Stadtkonzern und die kommunalen Unternehmen und Beteiligungen weiter zu entwickeln. Eigenbetriebe und kommunale Beteiligungsgesellschaften sind tragende Säulen der Wirtschaft unserer Stadt und dem Wohl der Leipzigerinnen und Leipziger verpflichtet. In einer sozialdemokratisch regierten Stadt müssen städtische Beteiligungsgesellschaften vorbildlich in Sachen Tarifbindung und gute Arbeit sein. Nur wenn die Beschäftigten durch tarifrechtliche Regelungen in allen städtischen Beteiligungsgesellschaften tarifrechtlich und auf Dauer gut abgesichert sind, können die kommunalen Beteiligungsunternehmen qualifizierte Fachkräfte halten und gewinnen und damit ihren Versorgungsauftrag langfristig erfüllen. Wir setzen uns dafür ein, dass der von den Betriebs- und Personalräten der städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe und der Kernverwaltung initiierte Zukunftstarifvertrag abgeschlossen und umgesetzt wird.

Städtische Unternehmen müssen dauerhaft Vorbildfunktion in Sachen gute Arbeit und Einhaltung von Tarifverträgen haben. Einen Austritt von städtischen Unternehmen aus dem kommunalen Arbeitgeberverband und damit eine Umgehung der mit den Gewerkschaften des DGB geschlossenen Flächentarifverträge - wird es mit der SPD Leipzig nicht mehr geben. Bereits erfolgte Austritte aus der Tarifgemeinschaft werden wir zurücknehmen. Wir setzen als Ziel, dass die Stadt Leipzig mit den DGB/DBB-Gewerkschaften Verhandlungen führen soll, mit dem Ziel, verbindliche Stufenpläne zur Realisierung von Tarifbindung in den TVÖD in allen städtischen Beteiligungsgesellschaften mit einem Gesellschaftsanteil der Stadt Leipzig von über 50 Prozent, zu vereinbaren.

Wir setzen uns dafür ein, dass in städtischen Unternehmen tarifrechtlich geschützte Arbeitsverhältnisse nicht durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse ersetzt werden. Sachgrundlose Befristungen wird es mit uns nicht mehr geben. Neueinstellungen sollen grundsätzlich in tarifrechtlich geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen. Für freiberuflich Tätige in städtischen Einrichtungen und Unternehmen müssen Honorarvereinbarungen getroffen werden, die dem Niveau einer vergleichbaren Tätigkeit nach dem TVÖD entsprechen.

Leipzig als Wirtschaftsstandort

Leipzig wächst. Dies muss auch für die Lebenschancen der Menschen in unserer Stadt gelten – deshalb darf Leipzig auf Dauer keine „Niedriglohnstadt“ sein! Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Leipzig als Industriestandort erhalten und stärken. Wir arbeiten darauf hin, dass zukünftig Standorte der Produktion, Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung in der Stadt verstärkt und neue wirtschaftliche Ansiedlungen forciert werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in unserer Stadt zukünftig noch stärker auf die Tarifbindung der beauftragten Unternehmen, auf die Einbindung in regionale Wertschöpfungsketten und auf Nachhaltigkeit geachtet wird.

Geförderte Beschäftigung

Öffentlich geförderte Beschäftigung kann ein Weg sein, Menschen langfristig in Arbeit zu bringen. Dabei ist für uns ganz klar, dass es keine „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ aus regulärer Arbeit auf der einen und geförderter Arbeit auf der anderen Seite geben darf. Das heißt für uns, dass auch geförderte Beschäftigung tarifvertraglich mindestens in Höhe der untersten Stufe des TVÖD einzuordnen ist.

Drogenkonsumräume für eine verbesserte Drogenhilfe in Leipzig

Eine moderne Drogenpolitik und konzeptionelle Ausgestaltung der Suchthilfe bedeutet eine nachhaltig verzahnte Sozial-, Gesundheits- und Ordnungspolitik für die Stadt Leipzig. Bereits 2016 hat sich die Stadtratsfraktion für die Schaffung von Drogenkonsumräumen ausgesprochen¹, dessen Vorstoß es durch die Partei zu unterstützen und voranzubringen gilt.

Daher fordern wir:

- die Ergänzung des Kommunalwahlprogramms um die Schaffung von Drogenkonsumräumen und einer akzeptierenden Drogenhilfe, sobald die gesetzlichen Rahmenbedingungen von Seiten der Landesregierung geschaffen wurden.
- Weiterleitung an die SPD Stadtratsfraktion, für das Einbinden von Drogenkonsumräume in die neue Ausgestaltung des Konzepts der Sucht- und Drogenpolitik der Stadt Leipzig.
- Weiterleiten der Forderung an den Landesparteitag zur Schaffung einer Rechtsverordnung nach § 10a des Betäubungsmittelgesetzes, in der Drogenkonsumräume erlaubt und eingeführt werden dürfen. Drogenhilfe in die landesweite Strategie gegen Drogenkonsum.

Mobilitätswende für Leipzig

Die SPD Leipzig steht für eine nachhaltige und solidarische Mobilität in unserer Stadt, die die Gesundheit der Leipziger*innen so wenig wie möglich beeinträchtigt und allen zugänglich ist. Mobilitätspolitik ist Stadtpolitik. Wie wir uns bewegen bedeutet, wie wir leben und unsere Umgebung gestalten. Wir begrüßen, dass der Leipziger Stadtrat die Zukunft der Mobilität in Leipzig am Nachhaltigkeitsszenario ausrichtet und einen immer größeren Anteil der Mobilität mit Nahverkehr, Fahrrad- und Fußverkehr bewegen möchte. Wir wollen die noch abstrakten Ideen dieses Szenarios mit Leben füllen und sozial ausgestalten. Das bedeutet für uns insbesondere:

- Die Verkehrspolitik der Stadt Leipzig und ihres Umlandes sollen stärker integriert und zusammen gedacht werden.
- Leipzig braucht einen attraktiven, belastbaren, zuverlässigen und flächendeckenden Nahverkehr, der den Bedürfnissen einer wachsenden Stadt gerecht wird.
- Vielfahrende, Familien und Auszubildende sollen zusätzlich bei den Ticketpreisen entlastet werden. Deshalb fordern wir für Schüler*innen und Auszubildende ein Bildungsticket für Sachsen.
- Um die steigenden Kosten eines zukunftsfähigen Nahverkehrs trotzdem decken zu können, braucht es mehr Zuweisungen von Land und Bund und neue Einnahmemöglichkeiten für die Stadt Leipzig.
- Die Fahrradstadt Leipzig soll ein schnelles, leistungsfähigeres Radnetz erhalten. Dies umfasst ein sicheres, schnelleres und durchgängiges Netz als bisher mit eigenen Wegführungen und Radschnellwegen.
- Leipzigs Autoverkehr soll auf dem heutigen Niveau stabilisiert und Durchgangsverkehr soll aus den Wohngebieten herausgehalten werden. Das Parkplatzchaos in Leipzig muss beendet werden. Die Digitalisierung bietet Chancen und Möglichkeiten, Mobilität effizienter zu gestalten und neu zu denken. Diese Chancen wollen wir nutzen, um die Parkplatzsuche zu vereinfachen, den Umstieg zwischen den Verkehrsträgern zu erleichtern und weitere Hürden zu reduzieren.
- Leipzig soll eine Stadt der noch kürzeren Wege werden, um so Verkehr zu vermeiden und zu reduzieren.
- Der Übergang zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln soll leichter werden, die verschiedenen Verkehrsmittel müssen stärker zusammen gedacht werden.

Durch das anhaltende Wachstum Leipzigs werden die Belastungen, bedingt durch das steigende Verkehrsaufkommen für die Leipziger*innen und die öffentliche Verkehrsinfrastruktur, zunehmen. Aber die Straßen wachsen nicht mit, daher werden wir auf Verkehrsmittel setzen, die auf weniger Fläche mehr Menschen befördern können: den Nahverkehr und das Fahrrad. Deshalb freuen wir uns über den stetig wachsenden Anteil der Leipziger*innen, die auf das private Auto verzichten und in einem Leben mit Fahrrad, Nahverkehr und Carsharing nichts vermissen. Das wollen wir auch in Zukunft unterstützen. Gleichzeitig erkennen wir, dass viele Leipziger*innen auf ein Auto angewiesen sind. Um sie zu entlasten ist für uns der Gedanke leitend, dass jede und jeder, der auf eine Autofahrt verzichtet, die Straßen frei hält und denen, die auf ihr Auto angewiesen sind, damit einen Gefallen tut.

Eine sozialdemokratische Mobilitätspolitik setzt nicht auf Verbote, sondern auf Anreize und Angebote. Es gilt, den Nahverkehr, Radverkehr und Fußverkehr attraktiver zu gestalten. Entscheidend

ist die Entkopplung der Mobilität vom Auto, nicht aber dessen Ausschluss. Eine Entkopplung bedeutet mehr Freiheitsgrade für soziale und umweltfreundliche Fortbewegungsformen.

Für den Fußverkehr fordern wir mehr barrierefreie Wege. Zudem gilt es weiterhin ein sicheres und ansprechendes Umfeld zu schaffen. Um die Sicherheit zu verbessern, fordern wir besser ausgeleuchtete Nebenstraßen und eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum, insbesondere mit Blick auf Kinder, die zu Fuß in Leipzig unterwegs sind.

Wir wollen Leipzigs Radwege verbessern und so viele attraktive Radwege abseits der großen Hauptstraßen anbieten, wie möglich. Auf den Hauptstraßen erhöhen wir die Sicherheit und schaffen einen stadtweiten Standard für die Qualität von Radwegen. Dafür fordern wir eine intensivere Räumung der Radwege in den Wintermonaten und den Aufbau eines Radschnellwegenetzes über die geplanten Maßnahmen des Freistaates hinaus. Zudem braucht Leipzig mehr sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder.

Für den Schienenverkehr fordern wir einen weiteren Ausbau des S-Bahnnetzes für Mobilität innerhalb der Stadt und für die Stadt-Umland-Mobilität. Wir befürworten deshalb die Erschließung weiterer Strecken für die Mitteldeutsche S-Bahn, sowie die Prüfung eines Ost-West-Tunnels und eines S-Bahn-Rings für Leipzig. Haltestellen des S-Bahn-Netzes sollen Mobilitätsknoten werden, an denen es multimodale Umsteigemöglichkeiten gibt.

Für den Öffentlichen Personennahverkehr fordern wir eine stärkere Bestandspflege mit punktuellm Ausbau an hochbelasteten Netzpunkten, bevor es zu einem strukturellen Ausbau des Netzes kommt. Der Ausbau muss sowohl das vorhandene Netz verdichten als auch neue Verbindungen ermöglichen, die nicht mehr über den überlasteten Innenstadtring führen. Zudem fordern wir eine Steigerung des Komforts des ÖPNV. Wir wollen ihn für mehr Leipziger*innen zugänglich machen, indem wir den Takt auf den Hauptachsen verdichten, den Abend- und Nachtfahrplan verbessern, Haltestellenabstände verkürzen und die Ortschaften Leipzigs besser anbinden.

Für Car- und Bikesharingsysteme fordern wir eine bessere Infrastruktur in der Stadt Leipzig. Hierzu müssen mehr separate Abstellplätze ausgebaut werden.

Die Parkplatzsuche ist in den letzten Jahren schwieriger geworden. Um Ordnung in das Parkchaos zu bringen, setzen wir auf Quartiersgaragen, ausgewiesene Kurzzeitparkplätze zum Be- und Entladen und fordern eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung für PKWs. Ausgehend von der Innenstadt soll dies in die Peripherie ausgebaut werden. Eine geordnete Parkraumbewirtschaftung, die Anwohner*innen, Wirtschaftsverkehr und Teilgruppen die auf das Auto angewiesen sind sollen erleichterten Zugang zu Parkflächen erhalten. Das Wegenetz für den Motorisierten Individualverkehr ist an die Bedürfnisse des Umweltverbundes anzupassen, es soll insgesamt nicht wesentlich wachsen.

Für den Wirtschaftsverkehr fordern wir mehr Anlieferzonen. Zudem fordern wir den Ausbau von Logistikzentren in allen Stadtteilen und die Schaffung größerer Logistikverteiler in der Peripherie.

Um Konflikte zwischen Verkehrsteilnehmer*innen abzubauen fordern wir eine verstärkte Kontrolle des ruhenden und fahrenden Verkehrs.

Wir wollen neue Tarife für den Nahverkehr, die vor allem Vielfahrende, Familien und Auszubildende stärker entlasten. Deshalb kämpfen wir für ein Bildungsticket für Sachsen. Gleichzeitig darf die Gründung einer Landesverkehrsgesellschaft den gemeinsamen Nahverkehrsverbund im MDV nicht in Frage stellen. Zur Finanzierung der anstehenden Kosten fordern wir mehr Zweckmittel für Umbau und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur von Freistaat und Bund, sowie ein Anpassung der Förderziele der

SPD-Stadtverband Leipzig
Ordentlicher Stadtparteitag
17. November 2018 in Leipzig

europäischen Strukturfonds. Zudem muss die Stadt mehr rechtliche Möglichkeiten bei der Erhebung eigener Einnahmen aus dem Verkehrssystem erhalten und vorhandene besser nutzen.

Aufarbeitung der Arbeit der Treuhand in der Sachsen

1. Die SPD Leipzig unterstützt die Initiative der Gleichstellungsministerin Petra Köpping zur Einrichtung einer Aufarbeitungs- und Wahrheitskommissionen bezüglich der Arbeit der Treuhand im Freistaat Sachsen.
2. Der Freistaat Sachsen setzt eine Historikerkommission ein mit dem Auftrag, die politischen Zusammenhänge und Verantwortlichkeiten der Nachwendezeit öffentlich zu diskutieren.

(Beschluss zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion)

Schaffung eines Landesarbeitskreises (LAK) Geschichte innerhalb der SPD Sachsen / Umsetzung des Beschlusses des Landesparteitages 1996 zur Einsetzung einer historischen Kommission

Die Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen ist eine vielfältige: Vom Stammland der SPD über die Zwangsvereinigung zur SED und einer hoffnungsvollen Neugründung 1990 hin zu einigen bitteren Niederlagen in der Gegenwart und einer ungeklärten Zukunftsperspektive.

In kaum einem Bundesland ist die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands so geprägt von Hoffnungen, Träumen und Schicksalsschlägen. Wenn wir als Partei zu neuer Kraft und einem „roten Sachsen von morgen“ wollen, dann kommen wir nicht an einer aktiven Auseinandersetzung mit unserer wechselvollen Geschichte vorbei. Denn wer seine*ihre Vergangenheit nicht versteht, wird keine Zukunft haben.

Daher fordern wir die konsequente Umsetzung des Beschlusses des Landesparteitages 1996 zur Einsetzung eines Landesarbeitskreises Geschichte bzw. einer historischen Kommission innerhalb der SPD Sachsen.

(Beschluss zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Sachsen)

SPD-Stadtverband Leipzig
Ordentlicher Stadtparteitag
17. November 2018 in Leipzig

Stärkung des Mitspracherechts bei der Ausbildungsoffensive des Freistaates Sachsen - Zusammenarbeit der Jugendvertretungen gesetzlich regeln

Im Sächsischen Personalvertretungsgesetz wird zeitnah eine Regelung über die Bildung, Zusammensetzung und Befugnisse einer Arbeitsgemeinschaft der Haupt-, Jugend- und Auszubildendenvertretungen aufgenommen.

(Beschluss zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Sachsen)

Sächsisches Mindestazubigehalt

Für alle Azubis in Deutschland soll im Freistaat ein gesetzliches Mindestazubigehalt eingeführt werden. Die Höhe des Mindestazubigehalts muss mindestens 80% der durchschnittlichen Azubi-Vergütung des jeweiligen Lehrjahres betragen. Eine Unterscheidung in Ost- und Westazubivergütung lehnt die SPD Leipzig ab. Darüber hinaus wird die Leipziger Stadtratsfraktion der SPD beauftragt, die Azubi-Vergütungen der städtischen Betriebe, Unternehmen und Einrichtungen mit Blick auf das Mindestazubigehalt zu prüfen.

(Beschluss zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Sachsen / Stadtratsfraktion der SPD Leipzig)

SPD-Stadtverband Leipzig
Ordentlicher Stadtparteitag
17. November 2018 in Leipzig

**Weil nicht nur Student*innen pleite sind! - Gleiche Vorteile für Auszubildende,
Schüler*innen, Bundesfreiwilligendienstleistende und Student*innen!**

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Vorteile und Vergünstigungen welche Student*innen aus öffentlicher Finanzierung zur Verfügung gestellt werden in gleichen Umfang allen Auszubildenden, Schüler*innen und Bundesfreiwilligendienstleistenden zur Verfügung gestellt werden müssen.

Wiedereinsetzung der „Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand“ (HiKo) der SPD

„Auseinandersetzungen über Politik sind häufig mit Streitfragen zur Interpretation der Geschichte verbunden; umgekehrt haben historische Debatten nicht selten eine politische Dimension.“ So schreibt es die „Historische Kommission beim SPD-Parteivorstand“ (kurz: HiKo) auf ihrer Internetseite. Seit 1980 hat die Kommission dazu beigetragen, Antworten auf die Fragen „wer wir sind“ und „woher wir kommen“ zu finden. Dies nicht nur explizit innerhalb der Historie der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sondern auch innerhalb der bundesdeutschen Erinnerungskultur.

Die Auflösung der HiKo, besonders in einer so politisch rauen Zeit, in der Grundsätze über die geschichtliche Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland zum Spielball politischer Interessen werden, ist ein falsches Signal. Nicht nur an Genossinnen und Genossen, sondern an alle demokratisch denkenden und geschichtsbewussten Bürgerinnen und Bürger Deutschlands.

Daher fordern wir die Wiedereinsetzung der „Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand“ im bisherigen Umfang und Rahmen.

(Beschluss zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Sachsen)